

Thesen zur Einführung II

Freitag, 12.09.2014, 20:00 Uhr

Prof. Jörn Rüsen, Präsident a.D. und Senior Fellow am Kulturwissenschaftl. Institut Essen/

Prof. Emeritus für Allgemeine Geschichte und Geschichtskultur an der

Universität Witten/Herdecke

Identitätsbildung und die Identitätspolitik in der Einwanderungsgesellschaft - Überlegungen zur gegenwärtigen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland (Zusammenfassung)

Identität ist die Antwort auf die Frage, wer man ist. Das Entscheidende an der Identität ist nicht Vielfalt und Unterschiedlichkeit identitätsbildender Bezüge zur Welt, sondern die Notwendigkeit, diese Vielfalt und Unterschiedlichkeit in ein kohärentes Verhältnis zu bringen, sie zur Einheit einer Person zusammenzuschließen. Was steht für diese Einheit?

Sie hat eine personale und eine soziale Dimension. In der modernen (westlichen) Welt wird die personale Dimension der menschlichen Identität durch den Gesichtspunkt der Individualität gekennzeichnet. Die soziale Dimension wird in der modernen (westlichen) Welt bestimmt durch den Gesichtspunkt nationaler Zugehörigkeit. Heutzutage dominiert die Vorstellung, dass wir in einer post-nationalen Welt kollektiver Zugehörigkeiten leben. Die Wirkungskraft der Nation als mentale politische Größe ist aber nicht zu leugnen. Allerdings zeichnet sich im europäischen Einigungsprozess ein Wandel ab: übernationale Größen gewinnen an Bedeutung, und die Nation selber wandelt sich von einer exkludierenden zu einer inkludierenden Größe.

Einwanderung in die Bundesrepublik wird dann zu einem identitätspolitischen Problem, wenn größere Gruppen von Einwanderern ein Identitätsbewusstsein mitbringen und als mentale Überlebensstrategie pflegen, das wesentlichen Gemeinsamkeitsvorstellungen in Deutschland widerspricht. Ich liste einige dieser Widersprüche auf:

- ein starkes türkisches Nationalbewusstsein, das mit dem vergleichsweise schwachen, aber in jedem Falle anders gelagerten deutschen Nationalbewusstsein nicht vereinbar ist;
- religiöse Grundüberzeugungen, die im Widerspruch zur staatlich sanktionierten Rechtsordnung stehen;
- kollektive Anpassungszwänge in der Familie, die die Gewährleistung individueller Lebenschancen verhindern;
- wirksame Traditionen, die das Gleichheitsprinzip im Geschlechterverhältnis negieren.

Integration ist das oberste Ziel der Identitätspolitik. Sie gewährleistet unterschiedliche Lebensformen und verpflichtet gleichzeitig alle zu übergreifenden Normen des politischen und

gesellschaftlichen Zusammenlebens. Integrationspolitik ist ein staatliches Handeln, das die neuen Bürgerinnen und Bürger auf die Einhaltung dieser Normen verpflichtet und dafür sorgt, dass sie zu Bestimmungsgrößen ihrer kollektiven Identität werden.

Der erste und wichtigste Schritt dieser Politik ist eine Stärkung des öffentlichen Bewusstseins über die universelle Geltung der für die Lebensordnung der Bundesrepublik Deutschland maßgebenden Normen. Sie müssen zugleich rechtlich durchgesetzt und sanktioniert werden.

Ein spezielles Problem stellt die Staatsbürgerschaft dar. Sie schließt ein Minimum an Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer politischen Kultur ein. Doppelte oder mehrfache Staatsbürgerschaft wird immer dann zu einem Problem, wenn die Staaten, um die es geht, nicht nur unterschiedliche, sondern sich in wesentlichen Elementen widersprechende Lebensordnungen aufweisen. Damit sind Loyalitätskonflikte unausweichlich, die nicht gerade integrationsförderlich sind.

Identität ist niemals ein starres Gebilde. Sie ist ein Vorgang ständiger mentaler Relativität und damit grundsätzlich veränderbar und formbar. Hier liegt eine der größten Chancen aber auch eine der größten Herausforderungen der politischen Bildung.